

Prekäre Arbeit – Zündstoff für Altersarmut?

Was ist prekäre Arbeit?

Der Begriff „prekär“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet: unsicher, schwierig.

Hört man ihn heute, oder sucht man im Internet nach einer Definition, wird er im Wesentlichen im Kontext mit Arbeit genannt. Prekäre Arbeit ist ein untypisches, weitgehend ungeschütztes Beschäftigungsverhältnis, z.B. eine befristete Anstellung oder Dauerpraktikum, ein sogenannter Minijob oder gar der perfide 1€-Job. Abgerundet wird das Bild durch den sogenannten Jobmotor „Leiharbeit“, eine weitere unselige Steigerung im Bereich der Niedrigentlohnung für Vollzeitarbeit.

Prekäre Arbeitsverhältnisse gibt es also in vielen unterschiedlichen Formen. Gemein ist ihnen, dass sie instabil, niedrig entlohnt und so gut wie nicht abgesichert sind. Schlimmer noch, sie werden sogar teilweise staatlich gefördert oder durch mangelnde Bestimmungen im Arbeitsrecht begünstigt.

Die Merkmale prekärer Arbeit

Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen verdienen deutlich unter dem üblichen Lohnniveau, haben keinen Beschäftigungsschutz und kaum Eingliederungs- und Weiterbildungschancen. Die mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums einhergehende Erwerbs- und Existenzunsicherheit grenzt die Betroffenen aus, was meist mit dem Einstieg in den sozialen Abstieg einhergeht. Eine mittel- bis langfristige Gestaltung des eigenen Lebens oder der beruflichen Weiterentwicklung werden mit prekärer Arbeit unmöglich, da neben der Sicherung des Lebensunterhalts weder Zeit noch Geld für die Pflege sozialer Kontakte und die persönliche Weiterbildung bleibt.

Die Hintergründe

Etwa seit Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts hat sich eine neue Leitvorstellung im Arbeits- und Gesellschaftsleben breitgemacht, die Globalisierung. Für sie wurden die bis dahin erlangten Grundsätze des paritätischen Miteinanders von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Altar des im internationalen Wettbewerb zu erzielenden Profits geopfert. Die Wertschätzung der Arbeit verfiel und das Outsourcing-Gespenscht schürte Verlustängste um den eigenen Arbeitsplatz und um den bis dahin erlangten Wohlstand. Wollte man also seinen Arbeitsplatz und das Wenige behalten, was man bis dahin an Wohlstand oder sozialem Status erreicht hatte, war man zu Zugeständnissen gezwungen.

Darüber hinaus förderte der technische Wandel, insbesondere die Informationstechnik neue Formen industrieller Arbeitsteilung. Die Kommunikation per E-Mail und Mobiltelefon lösten die bis dahin vorhandene Infrastruktur in der Arbeitswelt auf, schufen jederzeitige Verfügbarkeit und erlaubten zeit- und ortsversetztes Arbeiten.

Sprachliche und methodische Standardisierungen ermöglichen den Aufbau logistischer Ketten rund um den Erdball. Auslagerung von Arbeit wurde in großem Umfang und über weite Distanzen hinweg technisch machbar. Transporte um die halbe Welt bilden heute kaum noch eine Preis- und Machbarkeitshürde. Temporäre Beschäftigung ist selbst in qualifizierten Bereichen ohne große Reibungsverluste möglich. Neue Branchen sind in kürzester Zeit entstanden, die zum Teil nur schwach sozial reguliert sind.

Politische Umbrüche haben darüber hinaus den „Weltmarkt für Arbeitskraft“ vergrößert und die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer geschwächt. Osteuropa, Asien und Südamerika mit den sogenannten Schwellenländern wurden von den Konzernen als relativ stabile Fertigungszonen mit Niedriglohniveau entdeckt.

Auch die Ausweitung der Europäischen Union als Wirtschafts- und Währungsunion spielt dabei eine wichtige Rolle, in deren Verlauf auch unsere neuen Bundesländer zum Experimentierfeld deregulierter Arbeitsverhältnisse wurden.

Gezielt wurde auf politischer Ebene der institutionelle Rahmen für Niedriglohnzonen geschaffen und das Niveau der sozialen Sicherheit abgesenkt. Die Gier im „Finanzmarktkapitalismus“ erfasste zudem viele Unternehmen und lies sie kurzfristige Renditeerwartungen vor eine langfristige Kunden- und Mitarbeiterbindung setzen. Hedgefonds übernahmen gut laufende Betriebe und machten Kasse mit deren Zerlegung und Reorganisation. Die Profitabilität eines Unternehmens war damit kein Garant mehr gegen Zerschlagung oder Auflösung ganzer Standorte und somit auch gegen Arbeitsplatzverlust.

Die Auswirkungen

Wenn es denn schon nicht mehr gelingt, mit prekärer Arbeit seinen Lebensunterhalt zu sichern, klingen die Ermahnungen und Ermutigungen der Politik zur eigenen Altersvorsorge wie Hohn. Dazu gehört auch das jüngste politisch propagierte Paket gegen Altersarmut von Frau von der Leyen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat es aber kaum eine Chance, die ersten parlamentarischen Hürden zu nehmen. Es ist an Bedingungen geknüpft, die Menschen in prekärer Arbeit kaum erfüllen können, insbesondere nicht die der eigenen Vorsorge. Prekäre Arbeit füllt **nicht** die Kassen der Sozialversicherung, sondern verbreitert nur das Heer derer, die in den kommenden Jahren aus den stetig schwindenden Kassenbeständen immer weniger Rente zu erwarten haben.

Dies betrifft vor allem die heutigen Berufseinsteiger und jene, die schon seit Jahren vergeblich versuchen in ein ordentliches Arbeitsverhältnis einsteigen zu können. Laut Mitteilung des Statistischen Bundesamtes waren im Juni 2012 rund 350.000 junge Menschen in Deutschland zwischen 15 und 24 Jahren erwerbslos. Diese Gruppe der heute unter 30-Jährigen gehören daher in Deutschland schon potenziell zu den zukünftig von Altersarmut Betroffenen, insbesondere dann, wenn sie,

- aus mittleren und unteren Bildungsschichten kommen,
- keinen Job haben oder nur einer unsicheren und geringfügig entlohnten Arbeit nachgehen.

Aus einer unter 2500 Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchgeführten, repräsentativen Umfrage der TMS - Infratest Sozialforschung geht hervor, dass 61 % der 17- bis 27-Jährigen Angst vor Altersarmut haben. Selbst wenn unter ihnen noch mehr als 50 % bereit sind vorzusorgen, ist die Mehrheit damit jedoch schlicht überfordert, da viele Einkommen vorn und hinten nicht reichen, um daraus überhaupt eine Rücklage bilden zu können. Den Meisten der jungen Menschen ist die sich ihnen stellende Herausforderung bewusst, doch viele resignieren aufgrund der oft unabänderlichen Realität.

Da sie folglich in jungen Jahren weder ausreichend in die heute bestehenden Rentenkassen einzahlen, noch alternativ vorsorgen können, fallen auch sie zwangsläufig durch die gröber werdenden Maschen des sozialen Sicherungsnetzes und gehören damit spätestens im Alter zu denen, die auf Grundsicherung angewiesen sein werden, wenn sich unser Staat dies dann noch leisten können.

Die Studie zeigt auch, dass die Lösungsansätze der vor Jahren beschlossenen Reform der Alterssicherung lediglich denen dienten, die zu diesem Zeitpunkt noch Vorsorge betreiben konnten. Den heranwachsenden Jugendlichen konnte die Politik angesichts der sich stetig verschlechternden Arbeitsbedingungen bisher weder Mechanismen zur Anpassung dieser Reform noch Ideen anbieten, wie neue und pragmatische Lösungen in Zukunft aussehen könnten. Da die etablierten Parteien hier - trotz des Wissens um die Realität - nur wenig Kreativität zeigen, verwundert es nicht, dass diese Generation nur geringes Interesse an aktueller Politik und ihren momentanen Vertretern zeigt.

Zu der damit auch noch oft gewollten forcierten gesellschaftlichen Spaltung zwischen Alt und Jung kommen die Unwissenheit und die weniger ausgeprägte Wirtschafts- und Finanzkompetenz der Jugendlichen als kritische Faktoren hinzu. Ganz besonders dramatisch ist die abnehmende Bereitschaft zur Altersvorsorge bei jungen Menschen mit mittlerer oder noch geringerer Bildung ausgeprägt, was diese damit geradewegs auf die Altersarmut zusteuern lässt. Eine weitere große Gruppe der von Altersarmut schon in naher Zukunft Bedrohten sind die Menschen mittleren Alters bis unterhalb des frühestmöglichen Renteneintritts. Sie verfügen nur über ein geringes Einkommen oder sind bereits über längere Zeit ohne Arbeit und auf Hartz IV angewiesen. Ein Hartz IV-Empfänger erwirbt in dieser Zeit auch keine Rentenansprüche, da die bis 2010 staatlich geleisteten Rentenbeiträge inzwischen komplett gestrichen wurden. Hinzu kommt, dass sich Langzeitarbeitslosigkeit inzwischen verfestigt hat. Wer einmal in Hartz IV landet, kann nur schwer wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen und hat damit nur geringe Chancen auf eine Rente über der Grundsicherung.

Kaum besser sieht es für die „Geringverdiener“ aus, die nach einer OECD-Studie nur ca. 43 Prozent ihres früheren Bruttoeinkommens als Rente erhalten werden. In keinem anderen Industrieland, so heißt es in dieser Studie, gäbe es einen derart niedrigen Rentenanspruch. Im Schnitt erhielten dort die Menschen 72 Prozent, auch wenn sie durchgehend nur die Hälfte des landestypischen Durchschnittseinkommens verdient hätten. Heute arbeiten in Deutschland bereits 6,5 Mio. Menschen im Niedriglohnsektor mit steigender Tendenz. Dazu gehört auch die immer noch als „Chance“ propagierte und in weiten Bereichen des Arbeitsmarktes gern genutzte Zeit- oder Leiharbeit als flexible Beschäftigungsform.

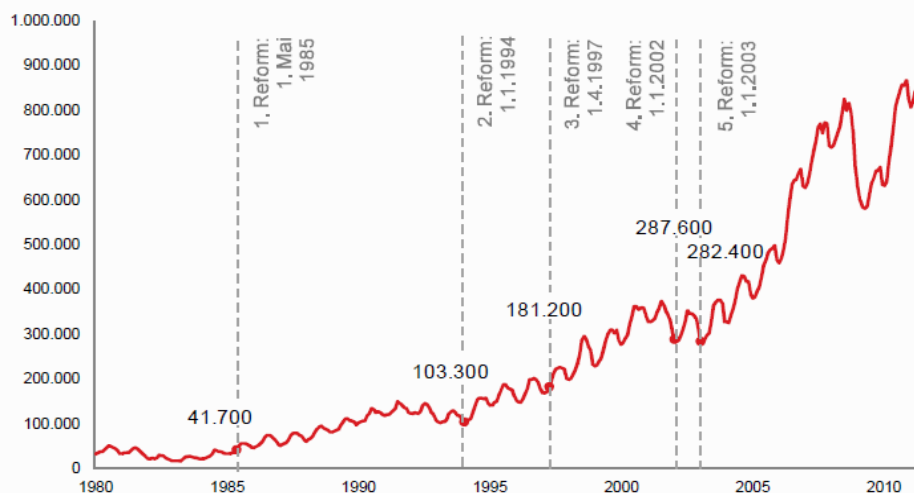
Arbeitnehmerüberlassung bzw. Leiharbeit ist mittlerweile eine feste Größe am deutschen Arbeitsmarkt. Bei den Zeitarbeitsfirmen standen im Dezember 2011 bundesweit insgesamt 872.000 Leiharbeiter unter Vertrag, 569.000 oder fast 200 % mehr als zehn Jahre zuvor. Sie stieg zur Jahresmitte 2011 auf über 900.000 an. Neben geringer Entlohnung birgt die Leiharbeit für die dort Beschäftigten auch ein höheres individuelles Risiko eines Arbeitsplatzverlustes. 2011 verloren insgesamt 3.038.000 Menschen ihren Arbeitsplatz, 377.000 davon aus Leiharbeitsverhältnissen. Damit sind 12,41 % der in Arbeitslosigkeit entlassenen Leiharbeiter.

Die von der Regierung verbreitete Euphorie bzw. der Glaube an die allein heilende Kraft der Vision auf Vollbeschäftigung ist ein Irrweg. Die durch den Niedriglohn entstehenden volkswirtschaftlichen Spätschäden durch entgangene Sozialbeiträge sind verheerend.

Es kann auch nicht sein, dass ein Arbeitgeber so wenig zahlt, dass der Arbeitnehmer davon nicht leben kann und sein Minilohn durch Steuermittel subventioniert werden muss.

Zahl der Leiharbeitnehmer hat sich in den letzten 10 Jahren annähernd verdreifacht

Entwicklung der Anzahl von Leiharbeitnehmern und Reformen der Arbeitnehmerüberlassung
Bestand
Deutschland
1980 bis 2011

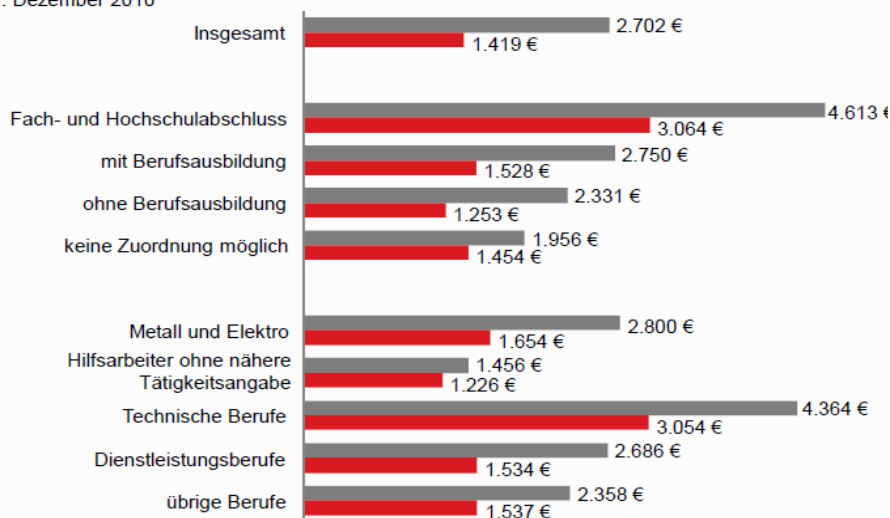


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmerüberlassungsstatistik

Im Dezember 1980 lag die Zahl der Leiharbeitnehmer noch bei 33.000, zehn Jahre später schon bei 119.000 und im Dezember 2000 bei 338.000. Im Zuge der rechtlichen Änderungen im Rahmen der Hartz - Gesetze kam es zu einer weiteren Expansion der Branche. Im Dezember 2011 gab es in Deutschland 872.000 Leiharbeitnehmer. In den letzten zehn Jahren hat sich ihre Zahl damit verdreifacht und in den letzten 20 Jahren sogar versiebenfacht.

Bruttoarbeitsentgelte in der Zeitarbeit sind niedriger als in der Beschäftigung insgesamt

Entgelte insgesamt und in der Zeitarbeit
Bruttoarbeitsentgelt in Euro (Median)
Deutschland
31. Dezember 2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Entgeltstatistik

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, ist die Entlohnung im Vergleich mit dem Durchschnittseinkommen aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten ein weiteres klares Indiz für die Prekarität der Beschäftigung in Leiharbeit.

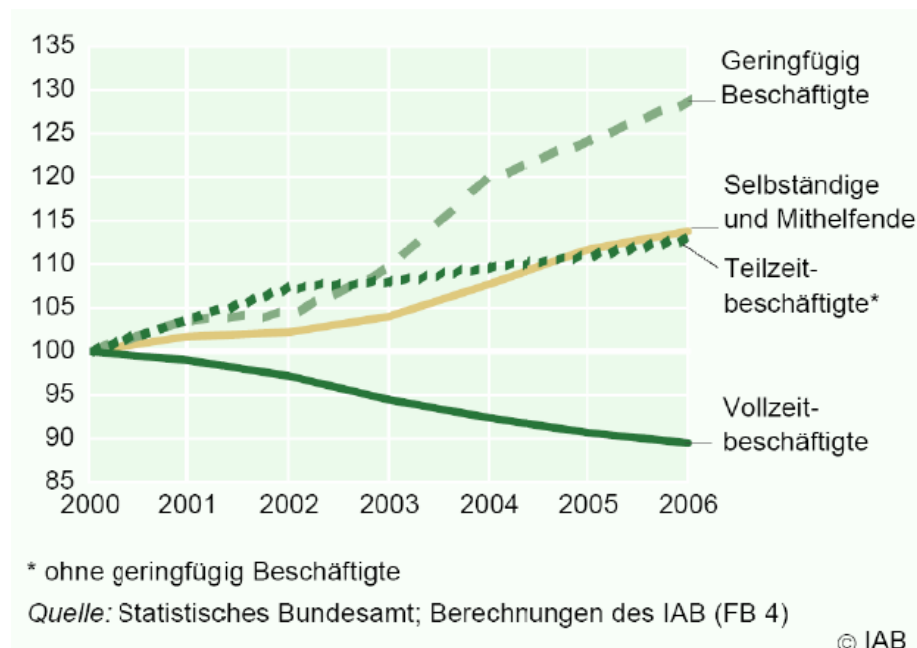
Eine andere Problemgruppe, auf die bereits schon in 2007 hingewiesen wurde, sind die Kleinunternehmer ohne Angestellte. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren kontinuierlich auf inzwischen ca. 2,5 Millionen gestiegen. Sie zahlen in der Regel in keine Rentenkasse ein und meist auch nicht in ein für andere Selbstständige typisches Versorgungswerk, so ein solches überhaupt existiert. Zudem verfügen sie oft nur über unregelmäßige oder niedrige Einkünfte mit dem Effekt, dass sie nicht allzu hohe Rücklagen fürs Alter bilden oder bilden können.

Von geringfügiger Entlohnung spricht man dann, wenn das durchschnittliche monatliche Einkommen 400€ nicht übersteigt. Die in einem solchen Arbeitsverhältnis Stehenden sind zwar sozial- und krankenversichert, können aber davon kaum überleben oder gar noch einen Teil für die Altersversorgung zurücklegen. Das, was der Arbeitgeber an Beiträgen zur Sozialversicherung abführt, lässt den monatlichen Rentenanspruch um 3,10 Euro oder um 4,10 Euro bei freiwilliger Aufstockung durch den Arbeitnehmer steigen. Im Laufe von 10 Jahren erwirbt also ein Mini-Jobber einen Rentenanspruch von 31 oder maximal 41 Euro.

Die nachstehende Grafik des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass in der Zeit von 2000 bis 2006 die relative Vollzeitbeschäftigung um mehr als 10 % sank, während die Anzahl der in Teilzeitarbeit und die selbstständig Tätigen um jeweils 10 % und die der geringfügig Beschäftigten sogar um mehr als 25 % stiegen.

Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse seit 2000

Indizierte Darstellung 2000 = 100



Unter den heutigen Grundsicherungsempfängern gibt es inzwischen schon etliche, die wegen lang andauernder Arbeitslosigkeit, prekärer Arbeit oder Selbstständigkeit nur wenig oder nie in die Rentenkassen eingezahlt haben. Altersarmut ist daher kein Zukunftsgespenst mehr, sondern ein heute bereits real existierender Zustand, der dramatische Formen annehmen wird, wenn in den kommenden Jahrzehnten die heute keine oder nur wenig private Vorsorge Treffenden ins Rentenalter eintreten.

Heute gehören schon viele Rentner zu den von Altersarmut Betroffenen, insbesondere Rentnerinnen, mit eigener oder einer Witwenrente unterhalb des Existenzminimums. Altersarmut ist daher vor allem ein Phänomen, von dem Frauen viel stärker betroffen sind und sein werden als Männer. Dies gilt insbesondere für diejenigen Frauen, die nach der Heirat die Rolle der Hausfrau und Mutter übernommen haben und keine oder nur eine Teilzeit- bzw. geringfügige Beschäftigung ausüben konnten. Der damit insgesamt oft erworbene Rentenanspruch reicht heute im Alter selten aus, um Altersarmut zu vermeiden, insbesondere dann, wenn eine Scheidung als schmälerndes Element hinzukam.

Die drastische Reduzierung der Witwen- und Witwerrente trägt zusätzlich zur drohenden Altersarmut bei.

Vielen Jüngeren ist überhaupt nicht bewusst, dass sie später keine oder nur noch sehr geringe Zahlungen aufgrund von längst beschlossenen Stichtagsregelungen und Anrechnungsverfahren erwarten können.

Einige erhalten einen staatlichen Grundsicherungsbeitrag zu ihrer kargen Rente, vorausgesetzt sie wollten oder konnten selbst noch die Initiative ergreifen und sie beantragen, oder aber ein Angehöriger hat sich darum bemüht. Anderen fehlt das Wissen um diese Möglichkeit oder schweigen aus Scham zugeben zu müssen, dass sie zu wenig zum Leben haben.

Bezieht also jemand Grundsicherung im Alter, sprich Sozialhilfe, dann ist er definitiv von Altersarmut betroffen. Grundsicherungsempfänger sind derzeit aber nur 2,4 Prozent aller Personen über 65 Jahre. Ein gerechterer Blick wäre aber der auf die relative Einkommensarmut. Von der spricht man, wenn monatlich weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsorientierten Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung stehen. Diese Einkommensgrenze liegt für einen Einpersonenhaushalt derzeit bei rund 970 Euro im Monat und hier liegt die Quote bei den über 65-jährigen derzeit knapp unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung, d.h. bei rund 14%.

Die Mehrheit der Sozialwissenschaftler ist sich einig, dass wir in den nächsten Jahren von einem deutlich steigenden Risiko für Altersarmut ausgehen müssen. Hier spielt auch der Unterschied in der Rentenhöhe der Sozialversicherung zwischen den Neurentnern und den sogenannten Bestandsrentnern eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Besonders in den neuen Bundesländern ist hier die Schere in den letzten Jahren deutlich auseinandergegangen. Neurentner, die 2010 erstmals eine Rente empfangen haben, erhalten jetzt rund 250 Euro weniger als die Bestandsrentner.

Das Rentenniveau ist bei den Männern in Ostdeutschland nur noch knapp über dem der Grundsicherung im Alter. Damit erreicht bereits heute die Rente der gesetzlichen Rentenversicherung für einen nennenswerten Teil der Bevölkerung schon nicht mehr das Niveau der Sozialhilfe.

Derzeit wird das Problem der Altersarmut in der Politik nicht als akut angesehen, da man nur die älteren Menschen betrachtet, die Grundsicherung im Alter beziehen. Bezieht aber eine ältere Person erst einmal diese staatliche Unterstützung, so ist dies häufig ein dauerhafter Zustand.

Wer heute jedoch nur die Rentner betrachtet, verschließt die Augen vor dem wahren Problem. Wie brisant sich das Thema Altersarmut schon heute auf die nächsten Jahre projiziert abzeichnet, wird dann deutlich, wenn man, wie aufgezeigt, die heutigen Langzeitarbeitslosen, die Geringverdiener und die Berufseinsteiger mit einbezieht.

Ein Fazit

Prekäre Arbeitsverhältnisse und die daraus resultierende Altersarmut sind keine nur kurz aufflammenden, aus Versehen oder unbedachtem Handeln eingetretenen sozialen Tatsachen. Politischer Wille und der technisch-ökonomische Wandel waren die wesentlichen Katalysatoren für deren heutige Existenz.

Eine konjunkturelle Besserung allein wird dies nicht ändern können, dafür waren die Einführung und die gewollte politische Förderung von prekärer Arbeit zu gewinnbringend für die sie nutzenden Unternehmen. Die dadurch entstandenen Verwerfungen im sozialen Gefüge sind nur durch einen an die heutigen Bedingungen angepassten Umbau der sozialen Sicherungssysteme zu korrigieren.

Durch Teilung der Arbeitswelt in Gewinner und Verlierer ist ein Spannungsfeld nicht nur zu den dafür verantwortlichen politischen und wirtschaftlichen Akteuren entstanden, sondern auch eine konträre Interessenlage zwischen den abhängig Beschäftigten von freier Wirtschaft und Staat.

Zur Zukunftssicherung aller gilt es, diese bald und nachhaltig wieder auszubalancieren.

Es stellt sich daher die Frage, wie dem immer noch begünstigten Trend zu prekärer Arbeit und dem auch dadurch sinkenden Rentenniveau begegnet werden kann. Letzteres ist maßgeblich durch die Zuflüsse aus wertschöpfender Arbeit bestimmt, mit einem Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung, der politisch gewollt ein bestimmtes Niveau nicht übersteigen soll.

Zeitarbeit ist eine feste Größe auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Die flexible Beschäftigung von Arbeitnehmern ermöglicht es den Unternehmen, ihren Personalbedarf zügig an Auftragsschwankungen anzupassen. Daher ist die Zeitarbeit im Vergleich zu anderen Arbeitsverhältnissen auch durch eine überdurchschnittlich hohe Dynamik und Fluktuation gekennzeichnet. Beschäftigungsverhältnisse werden häufiger geschlossen und auch schneller wieder aufgelöst. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Leiharbeit enden schon nach drei Monaten.

Für die Leiharbeitnehmer geht daher die große Flexibilität der Arbeitnehmerüberlassung mit dem Risiko einher, aus einer kurzfristigen Beschäftigung heraus wieder arbeitslos zu werden.

Ob es jedoch dauerhaft noch tragbar ist, nur einen Teil der Bevölkerung durch einen direkten Beitrag nicht zur eigenen Alterssicherung zu verpflichten, sondern ihn gleichzeitig über die Lohn- und Einkommensteuer auch zur Alterssicherung des anderen Teils beitragen zu lassen, hängt heute mehr denn je von einem neuen gesellschaftsethischen Bewusstsein, der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und der Wertigkeit der Arbeit derer ab, die einer sozial abgesicherten und Werte schaffenden Arbeit nachgehen und daraus auch ein auskömmliches Einkommen erzielen können.

Eine Rückkehr zu einem finanzierbaren sozialen Sicherungssystem und einem Einbremsen der immer noch zunehmenden Staatsverschuldung, nicht nur durch die Euro-Krise, sondern auch durch die ungezügelte Ausgabenwut des Staates wird vermutlich nur langsam möglich sein. Die heutige politische Elite sollte sich nicht nur zur Wahrhaftigkeit mit Blick auf die Realitäten verpflichtet fühlen, sondern auch sich veranlasst sehen, über eine grundlegende Neugestaltung nachzudenken. Sie sollte den Mut haben, über die Einführung einer gerechteren Form der Alterssicherung für alle Bürger in Form der Bürgerversicherung nach dem Beispiel der Schweiz oder der Niederlande die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

Dies wird aber dem heutigen politischen Establishment vermutlich nicht leicht fallen oder ohne Weiteres erst gar nicht in den Sinn kommen, da es damit auch den eigenen Altersbesitzstand in diesen gemeinsamen Sicherungstopf mit einbringen müsste.

Es steht zu befürchten, dass die meisten Protagonisten auf der heutigen politischen Bühne erst dann zugeben werden, mit oder ohne Euro-Krise zu spät oder gar falsch gehandelt zu haben, wenn das inländische Steueraufkommen aus wertschöpfender Arbeit nicht mehr ausreicht. Sie werden wahrscheinlich so lange zögern bis auch Deutschland sich mit Verhältnissen auseinandersetzen muss, unter denen unsere südeuropäischen Nachbarn heute schon leiden.

Zitierte Quellen: Wikipedia, ZDF 2012, taz 2006, die Zeit 2011, Statistik der Bundesanstalt für Arbeit

Kooperation „Soziale Sicherung in Deutschland“:

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. – ADG, München, www.adg-ev.de

Betriebsrentner e.V. – BRV, Dießen am Ammersee, www.betriebsrentner.de

Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V., – BRR, Bönningheim, www.beitragszahler-rentner.de

Büro gegen Altersdiskriminierung, Köln, www.altersdiskriminierung.de

August 2012